



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

OECD: „DISCUSSION DRAFT ON TRANSFER PRICING DOCUMENTATION AND COUNTRY-BY-COUNTRY REPORTING" VOM 30.01.2014

Am 30.01.2014 hat die OECD ein weiteres Diskussionspapier zur Verrechnungspreisdokumentation und zum sog. „Country-by-Country Reporting" („CbC Reporting") veröffentlicht. Dazu hat die OECD eine Frist zur öffentlichen Kommentierung bis zum 23.02.2014 vorgegeben, insbesondere zur Stellungnahme hinsichtlich des von der OECD vorgeschlagenen Fragenkatalogs.

Das aktuelle Diskussionspapier setzt die laufende Diskussion auf Ebene der OECD zur geplanten Verschärfung der Dokumentationsanforderungen konsequent fort. Inhaltlich basiert der aktuelle Diskussionsentwurf zum einen auf dem Weißbuch zur Verrechnungspreisdokumentation vom Juli 2013 und zum anderen auf dem „Memorandum on Transfer Pricing Documentation and Country-by-Country Reporting" vom Oktober 2013. Ziel des Diskussionspapiers ist die konkrete Umsetzung der Aktion 13 des „Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting" der OECD vom Juli 2013. Das Diskussionspapier soll Kapitel V der OECD Guidelines 2010 zur Verrechnungspreisdokumentation ersetzen. Die Umsetzung der Aktion 13 bis September 2014 ist sicherlich ambitioniert.

Das zentrale Ziel der OECD scheint zu sein, der Informationsasymmetrie zwischen den Finanzbehörden und den Steuerpflichtigen gerade bei grenzüberschreitenden Transaktionen entgegenzuwirken. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

AUSSPRACHE ZUR FINANZTRANSAKTIONSSTEUER IM EU-PARLAMENT

Am Dienstag, den 04.02.2014 wurden die jüngsten Entwicklungen bei den Gesprächen über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in einigen EU-Mitgliedstaaten mit dem EU-Rat und der EU-Kommission diskutiert. Der Kommissionsentwurf einer Regelung für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zur Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTS) wurde vom Parlament in erster Lesung am 02.07.2013 beraten. Der Rat hat jedoch aufgrund unterschiedlichster Vorstellungen der Mitgliedstaaten bislang keine Einigung erzielen können.

Hintergrund: <http://goo.gl/rOQzjz>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die strafbefreiende Selbstanzeige steht ganz oben auf der Agenda der Bundesregierung. Schon im Oktober 2013 hatte eine Bund-Länder-Facharbeitsgruppe hierzu einen Bericht vorgelegt. Vorübergehend war es in den vergangenen Wochen ruhig um das Thema geworden. Aufgrund des Bekanntwerdens neuer Fälle der Steuerhinterziehung durch Prominente wie Alice Schwarzer gewinnt das Thema an Dynamik. So prescht die neue SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi nach vorne und fordert, die strafbefreiende Selbstanzeige bis zu einer Bagatellgrenze abzuschaffen. Der Parlamentarische Staatssekretär Michael Meister mahnt zur Sachlichkeit, stellt verschiedene Optionen einer Verschärfung der bisherigen Regelungen in den Raum. Der Opposition gehen die Vorschläge erwartungsgemäß nicht weit genug. Seit Mittwoch liegt dem Finanzausschuss des Bundestages eine Zusammenfassung des Berichts vor, und er hat sich jetzt mit der Thematik auseinanderzusetzen. Es wird spannend, welche Stoßrichtung sich durchsetzen wird.

Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 7

→ OUTGOING 8

vom 03.02. bis 07.02.2014

Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke: Privatisierungen und steuerpolitische Maßnahmen in Europa u. a.

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN .. 9 – 11

vom 05.02.2014

→ BMF-SCHREIBEN 12

vom 31.01. bis 06.02.2014

→ STATUS 13 – 15

zum 07.02.2014

Entschießung des Bundesrates für eine gerechte und zukunftsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland

Gesetz zur Fortführung des permanenten Lohnsteuerjahresausgleichs beim Lohnsteuerabzug für Aushilfskräfte und kurzfristige Beschäftigungen

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 15 – 16

vom 08.02. bis 14.02.2014

Bundestag: keine steuerpolitisch relevanten Themen

Bundesrat: 919. Sitzung zur Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Abs. 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2014

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

OECD: AUSBLICK DER ARBEIT DER BEPS-INITIATIVE FÜR 2014

Am Dienstag, den 23.01.2014 hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einem Webcast ihr weiteres Vorgehen hinsichtlich der BEPS-Initiative (Base Erosion & Profit Shifting) für 2014 vorgestellt. Die Initiative hat zum Ziel, weltweit legale Steuergestaltungsmöglichkeiten einzudämmen. Als Grundlage der Arbeit für 2014 dient der BEPS-Aktionsplan, der im Juli 2013 vom Steuerausschuss der OECD beschlossen wurde. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 4](#)

EUGH: ENTSTRICKUNGSBESTEUERUNG IST MIT UNIONSRECHT VEREINBAR

Auf Vorlage des FG Hamburg vom 26.01.2012 (2 K 224/10) hat der EuGH nun mit Urteil vom 23.01.2014 (C-164/12) entschieden, dass die Entstrickungsbesteuerung nach § 20 Abs. 3 und 4 UmwStG 1995 mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Im Streitfall haben zwei GmbHs, die beide Kommanditistinnen einer KG waren, ihre KG-Anteile in die Komplementär-GmbH nach deutschem Recht eingebracht und hierfür Anteile an dieser Komplementär-GmbH erhalten. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: AUFTEILBARKEIT DER KOSTEN FÜR EIN HÄUSLICHES ARBEITSZIMMER

Diesen Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 7](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de

➔ **BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21**

ODER FORMLOS PER MAIL AN mail@bid.ag



PROBEABONNEMENT

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose Lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- ➔ Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- ➔ Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- ➔ **VERKEHRSPOLITIK**
- ➔ **SICHERHEITSPOLITIK**
- ➔

Unternehmen/Institution _____

Ansprechpartner _____

Funktion _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll) _____

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -25

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Herausgeber: polisphäre e.V.
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphäre.eu
www.polisphäre.eu